

**Dr. Ralf Gldner**  
**Prsident des DAtF**

**Erffnungsansprache**  
**– Es gilt das gesprochene Wort –**

**48<sup>th</sup> Annual Meeting on Nuclear Technology (AMNT 2017),**  
**16. bis 17. Mai 2017, Berlin**

Dear Ladies and Gentlemen,

Welcome to our 48<sup>th</sup> Annual Meeting on Nuclear Technology in Berlin on behalf of the DAfF and the German Nuclear Society. It is my pleasure to meet you again in Berlin. Like every year we offer a comprehensive program, giving insights on many aspects of nuclear technology and contributing to the international exchange of knowledge and experience in industry, research, politics and administration.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die inhaltliche Bandbreite unserer Tagung spiegelt sich bereits in der Plenarsitzung mit den festen Themenblöcken, Politik, Wirtschaft, Kompetenz, Kommunikation und Entsorgung wider. In der Sektion Politik wird uns der Berichterstatter für Kernenergie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Steffen Kanitz einen Überblick zu einem bewegten Jahr der deutschen Kernenergiepolitik geben. Die Herausforderungen für den wirtschaftlichen Betrieb der Kernkraftwerke in Deutschland wird uns der Vorsitzende der Geschäftsführung der PreussenElektra GmbH, Guido Knott nahe bringen. Wir freuen uns auf die Podiumsdiskussion zum Rückbau und ich möchte Sie zusätzlich aufmerksam machen auf unseren Workshop zur Kompetenzerhaltung heute nach der Mittagspause und morgen Vormittag.

Ein besonderer Dank gilt unseren Partnern in der Ausstellung und dem Sponsoring, die unsere Tagung erst möglich machen. In der Ausstellung finden Sie den direkten Kontakt zu zahlreichen Unternehmen und Organisationen unserer Branche mit Gelegenheit zum unmittelbaren Austausch. Hier konnten wir die Zahl internationaler Partner erneut erhöhen. Aufmerksam machen möchte ich auf den tschechischen Pavillon sowie auf den Pavillon des Vereinigten Königreiches. Die britischen Kollegen sehen sich im eigenen Land bzw. im künftigen Verhältnis zu Europa ja geschichtsträchtigen Entscheidungen gegenüber. Wir hoffen, dass in den Verhandlungen zum Brexit Lösungen

gefunden werden, die auch in Zukunft eine konstruktive Zusammenarbeit in der Kerntechnik erlauben. Das gilt nicht zuletzt für die britischen Neubauprojekte.

### **Umbrüche, Neubeginn und die Mühen der Ebene**

In der deutschen Kernenergiepolitik waren die vergangenen zwölf Monate vor allem geprägt von späten gesetzgeberischen, lassen Sie mich es einmal Aufräumarbeiten nennen, die nach dem beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie 2011 anstanden. Das gilt insbesondere für die Neuordnung der Finanzierung in der nuklearen Entsorgung, in der mit einem ganzen Gesetzespaket in weiten Teilen ein Systemwechsel vorgenommen wurde. Noch ist dieser Prozess nicht ganz abgeschlossen. Die Gesetze selbst sind wegen der Prüfung auf Konformität mit EU-Recht noch nicht in Kraft getreten und die angestrebte vertragliche Regelung zwischen den Betreibern der Kernkraftwerke und dem Bund ist noch nicht unterzeichnet.

Natürlich gibt es Kritik an den Regelungen:

- Auf der einen Seite bestehen prinzipielle Vorbehalte bezüglich einer Haftungsbegrenzung.
- Für die Betreiber aber stellt der hohe Risikoaufschlag bei den Entsorgungskosten eine unerwartete und schwer zu tragende Zusatzbelastung dar, die durch Neuberechnungen nun sogar noch einmal steigen soll.

Insgesamt gesehen wird die Neuordnung bei der Entsorgung aber den Bedingungen des Ausstiegs gerecht. Eine Situation mit dauerhafter Trennung von Handlungs- und Finanzierungsverantwortung, potentiell unbegrenzter Nachhaftung und Nutzungsverbot für Kernenergie hätte auf Dauer keinen Bestand haben können.

Das andere große politische Arbeitspaket – hier wird Herr Kanitz gleich noch ausführlich berichten – war die Novelle des Standortauswahlgesetzes (StandAG). Im Frühjahr 2013 konnte zwar eine politische Einigung auf eine neue Standortsuche bei den hochradioaktiven Abfällen gefunden werden. Das

Gesetz war aber in vielen Details unausgereift und gab der Endlagerkommission eine Reihe offener Fragen mit auf den Weg. Hier haben Dr. Bernhard Fischer und Professor Gerd Jäger mit großem Einsatz konstruktiv gearbeitet und die Expertise unserer Branche eingebracht. Als Teil der praktischen Umsetzung wurde gestern hier in Berlin der Übergang der DBE an den Bund abgeschlossen. Wir haben als Branche bei der neuen Endlagersuche unseren Teil zur Beschreibung des Lösungsweges beigetragen. Jetzt ist es Aufgabe der Politik, den gesetzten Rahmen konsequent umzusetzen.

Bei allem was erreicht wurde – auch die Neuordnung der Behördenstruktur bei der Endlagerung, die 15. AtG-Novelle und das erste konsolidierte Strahlenschutzgesetz der deutschen Rechtsgeschichte sind hier zu nennen – es bleiben noch Aufgaben.

Zur Neuordnung bei der Entsorgung gehört auch der Übergang der Verantwortung für die Zwischenlagerung an den Staat. Dies ist ein noch größerer Systemwechsel als bei der Endlagerung, der sich allerdings nicht so stark im Blick der Öffentlichkeit befindet. Beim Wechsel der operativen Verantwortung, der mit Gründung der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung schon in die Wege geleitet ist und noch im Laufe dieses Jahres für die zentralen Zwischenlager, Anfang 2019 für die Standortzwischenlager bzw. ein Jahr später für die Abfalllager abgeschlossen sein soll, entsteht eine ganze Reihe operativer Herausforderungen. Erste Schritte sind getan und insbesondere die Wahl des Standortes Essen als Sitz der Gesellschaft wird den Erhalt der notwendigen Kompetenz durch Übergang von Mitarbeitern der GNS positiv beeinflussen. Gemeinsam übergeben die Betreiber der Kernkraftwerke und die GNS ein gut funktionierendes System in dem hohe Sicherheitsanforderungen gelten und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung.

Beim StandAG kommt nun der Praxistest der Umsetzung. Wann wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung als Vorhabenträger operativ arbeitsfähig sein? Welchen Zeithorizont muss man für das gesamte Verfahren realistisch annehmen? Wird man mit dem ersten Auswahlschritt, der Eingrenzung von

Teilgebieten auf der weißen Landkarte, tatsächlich bis 2021 fertig sein wie derzeit anvisiert? Ein anderes Thema ist die Aufgabenabgrenzung zwischen BfE und BGE. Das gilt besonders für die Endlagerforschung, die nun viele neue Aufgaben hat. Momentan gibt es noch keine Festlegung, wer künftig für die Endlagerforschung zuständig sein wird.

Bei der intensiven Beschäftigung mit den hochradioaktiven Abfällen ist ein anderes Entsorgungsthema etwas in den Hintergrund getreten: Was ist eigentlich mit dem Endlager Konrad? Gelten die Planungen für eine Fertigstellung bis 2022 noch? Wann wird tatsächlich der Regelbetrieb aufgenommen? Wie soll der Abfluss aus den Zwischenlagern priorisiert werden? Diese Fragen sind für jede Region mit einem Zwischenlager, einer Landessammelstelle oder einem Rückbauprojekt in ganz Deutschland wichtig. Ich sehe in der Zusammenfassung der Zwischenlager in einer bundeseigenen Gesellschaft Chancen zur Versachlichung der Diskussionen und zur Beschleunigung der Prozesse.

In den Bemerkungen des Bundesrechnungshofs für 2016 wird bemängelt, dass die Bundesregierung die Fachaufsicht beim Projekt Konrad über die Jahre nicht hinreichend wahrgenommen hat. Es wird empfohlen, die vom Rechnungshof begrüßte Neuordnung der Aufgaben zu nutzen, einen Sachstand zu dokumentieren, vertragliche Vereinbarungen mit der BGE zu treffen sowie eine engere Überwachung zu realisieren. Diese Überlegungen klingen vernünftig und die laufende Neustrukturierung bietet die gute Gelegenheit, eine solche Projektsteuerung auf den Weg zu bringen; sozusagen als krönenden Abschluss der vielen Reformen in dieser Legislaturperiode.

Zugleich gibt es natürlich den Betrieb der Kernkraftwerke, den wir sicher fortführen werden – und auch wirtschaftlich fortführen möchten. Der vergangene Januar hat wieder gezeigt, dass insbesondere bei so genannten „Dunkelflauten“ Netzbetreiber bzw. Reservekapazitäten sukzessive an Grenzen kommen. Der nun von der Bundesnetzagentur angegebene Reservekapazitätsbedarf von 10.400 MW für den kommenden Winter spricht für sich.

Zur Kernenergie besteht ein politischer Konsens zum stufenweisen Ausstieg, den wir mit unserem Know-How auch durch den sicheren Betrieb bis 2022 umsetzen. Es darf daher für den Betrieb der Kernkraftwerke in den letzten Jahren keine sachlich unbegründeten Erschwernisse geben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die großen Themen der Zukunft für die Kerntechnik in Deutschland sind einerseits der Rückbau sowie andererseits die kerntechnische Kompetenz. Diese Fragen betreffen uns alle und sind langfristige Themen.

### **Rückbau im Konsens**

Der Rückbau ist auf einem guten Weg. Die ersten Stilllegungs- und Rückbaugenehmigungen im Rahmen des Kernenergieausstiegs sind erteilt – für Isar 1, Neckarwestheim 1, Biblis und Philippsburg 1. An allen Standorten sind wichtige Vorarbeiten erfolgt, die Brennstofffreiheit ist hergestellt oder in Arbeit. Wichtig ist hier, dass die noch ausstehenden Behälter- und Lagergenehmigungen fristgerecht erteilt werden. Die Projekte werden sich jedoch erst in den nächsten Jahren in ihrer ganzen Breite darstellen.

Bei Fragen der Sachinformation über den Rückbau und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern war in den vergangenen Jahren die Zusammenarbeit mit den Behörden gut und die Unterstützung der Politik hilfreich. Es ist wichtig, den Konsens für einen zügigen Rückbau aufrecht zu erhalten, der heute zwischen Staat und Betreibern besteht und auf dieser Basis die Projekte zügig voranzubringen. Ich habe hier wenig Verständnis für traditionelle Kernenergiegegner, die nun auch den Rückbau aus ideologischen Gründen bekämpfen. Rückbau findet in Deutschland unter Einhaltung höchster Sicherheitsstandards statt und unterliegt wie Bau und Betrieb eines Kernkraftwerks der permanenten Kontrolle der Behörden und Ihrer Gutachter.

## **Kerntechnische Kompetenz erhalten und entfalten**

Unsere eigentliche Herausforderung ist aber die kerntechnische Kompetenz. Dies gilt für die Forschung, die Industrie, aber vor allem auch für den Staat selbst. Letzteres mag vielen gar nicht so bewusst sein.

Gerade im Bereich der Entsorgung wird das Thema Erhalt und Aufbau kerntechnischer Kompetenz durch die Verlagerung von operativer Verantwortung an bundeseigene Gesellschaften an Relevanz gewinnen. Unter Berücksichtigung aller Behörden bzw. Gesellschaften der öffentlichen Hand, die im Entsorgungsbereich tätig sind, dürften wir bald von bis zu 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sprechen. Zusammen mit den Beamten und staatlichen Angestellten in anderen Bereichen der Kerntechnik, dem Gutachterwesen und in der Forschung ist anzunehmen, dass mindestens ein Sechstel der über 30.000 Beschäftigten der Branche künftig der öffentlichen Hand zuzuordnen ist. Hier ist langfristig eine adäquate Ausbildung von Fachkräften und eine gezielte Personalplanung notwendig. Erfolgreich kann das nur mit einer positiven Perspektive für junge Menschen sein, die man für die wichtigen Tätigkeiten gewinnen möchte. Dazu gehört auch eine entsprechende öffentliche Diskussion des Themas.

Die Frage der Kompetenz betrifft das gesamte Spektrum des wissenschaftlichen und technischen Wissens um die Kerntechnik: die grundlegende Kernforschung, die Reaktorsicherheitsforschung, die Radiochemie, den Strahlenschutz, kerntechnische Anwendungen in Medizin, Industrie und Landwirtschaft – um nur einige Beispiele zu nennen.

Nehmen wir die Reaktorsicherheitsforschung, die eng mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbunden ist. Sie ist, speziell die Reaktorentwicklung, inzwischen dem Vorwurf der Überflüssigkeit ausgesetzt, manchmal wird sie als unzeitgemäß, gar unbotmäßig betrachtet. Die kerntechnische Sicherheitsforschung bildet aber die Grundlage für die Kompetenz in Sicherheitsfragen, bei denen Deutschland erklärtermaßen dauerhaft mitgestalten und Einfluss ausüben will. Wenn wir an der internationalen Diskussion von

Sicherheitsstandards weiter teilnehmen wollen, dann ist Kontinuität in der Sicherheitsforschung unverzichtbar.

Die Entwicklung unserer kerntechnischen Kompetenz geht aber nur in Zusammenarbeit mit wissenschaftlich attraktiven Partnern in anderen Ländern. Um diese dafür zu gewinnen, bedarf es entsprechender Einrichtungen und Experten, die einen wissenschaftlichen Mehrwert bieten können. Das gilt für alle Themen, insbesondere für Innovationen und neue Konzepte. Dabei muss man schließlich ebenfalls mitreden können. Denken Sie etwa an eine Entwicklung bei Brennelementen, wie sie Seth Grae, CEO der Lightbridge Corporation aus den Vereinigten Staaten nachher vorstellen wird. Forschungskepsis oder gar Forschungsverbote haben auf lange Sicht noch keinem Industrieland gut getan.

In der Praxis sehen wir aber, dass Lehre und Forschung ausgedünnt, dass Lehrstühle nicht nachbesetzt werden und sich ganze Institute unter politischem Druck oder aus Imagegründen und in voreuseilendem Gehorsam aus jenen Bereichen zurückziehen, die nicht der Entsorgung oder dem Rückbau zuzuordnen sind.

### **Kompetenzzentrum für kerntechnische Sicherheit?**

Hier stellt sich nun die Frage, was kann man tun? Einerseits möchte und muss der Bund auf die entsprechende Kompetenz zugreifen und hält auch Mittel bereit. Andererseits wollen viele Landesregierungen mit dem Thema nichts mehr zu tun haben und prägen damit die Ausrichtung von Universitäten und Forschungsinstituten. Die Lösung könnte in einem neuen Kompetenzzentrum für kerntechnische Sicherheit liegen, in dem ohne den Ballast der Auseinandersetzungen der Vergangenheit aktuelle Themen bearbeitet werden können. Dort können die Kapazitäten gebündelt, Forschung, Staat und Industrie vernetzt sowie ein attraktiver Hub für unsere internationale Zusammenarbeit gebildet werden. Ein solcher Neubeginn könnte jungen Menschen, die sich in der Kerntechnik engagieren wollen glaubwürdig faszinierende Aufgaben, eine gute Perspektive und Wertschätzung vermitteln. Für ein derartiges Projekt



braucht man vielleicht auch nicht den ganz großen Konsens, sondern eine handlungsfähige Koalition der Einsichtigen.

### **Kernenergie – langfristige Realität in Europa**

Zu der Einsicht gehört auch die Erkenntnis, dass andere Länder unseren Weg nicht mitgehen. Die Neubauprojekte Olkiluoto und Flamanville sind inzwischen nach langen Jahren der Verzögerungen bei der Vorbereitung der Inbetriebnahme angekommen und keine Fata Morgana mehr. Das Projekt Hinkley Point C hat seine erste Teilgenehmigung erhalten. Alle vier Reaktoren werden übrigens mit Leittechnik Made in Germany gebaut. Neben dem EPR von Areva hat im Vereinigten Königreich auch der AP 1000 von Westinghouse die Bestätigung im Generic Design Assessment erhalten, der ABWR von Hitachi wird bis Jahresende folgen.

Östlich von Deutschland tut sich ebenfalls einiges: vor einigen Monaten ist Block 1 des Kernkraftwerks Nowoworonesch II ans Netz gegangen – mit deutscher Leittechnik und einer geplanten Betriebsdauer bis 2077. Der Block 1 des Kernkraftwerks Leningrad II, das alte Anlagen des Tschernobyl-Typs ablösen soll, ist in der Inbetriebsetzung. Der Bau des ersten Kernkraftwerks in Belarus liegt im Zeitplan und auch die Projekte in Paks und Hanhikivi werden konsequent vorangetrieben. Unsere tschechischen Partner haben Ausbaupläne nicht zuletzt mit Blick auf die CO<sub>2</sub>-Vermeidung. An Interessenten würde es ja nicht mangeln, nicht weniger als sechs Anbieter haben Interesse bekundet. In Polen ist die Standortauswahl für das erste Kernkraftwerk in die konkrete Phase innerhalb des festgelegten Gebiets gegangen. Wenn uns die Sicherheit auch in den kommenden Jahrzehnten ein Anliegen ist, dann muss es für Deutschland Ziel sein, dauerhaft als Partner in der Sicherheit mit anerkannter Expertise zu gelten. Dafür reicht aber die Wiederholung von Ausstiegsforderungen nicht, vielmehr ist eine konstruktive Haltung erforderlich.

## **Kerntechnik – Teil des Industrie- und Wissensstandortes**

Und vergessen wir nicht: auch Deutschland zieht in vielfältiger Hinsicht und langfristig Nutzen aus der Kerntechnik. Die Forschungsreaktoren in München, Berlin und Mainz dienen nicht nur der Grundlagenforschung, sie leisten viel für anwendungsorientierte Forschung und industrielle Entwicklung. Auch für direkte Anwendungen in Industrie und Medizin sind sie unabdingbar. Kerntechnik findet sich auch andernorts: etwa in der zerstörungsfreien Werkstoffprüfung, der Pflanzenzüchtung, in medizinischer Diagnose und Therapie. Kerntechnik ist unmittelbar verbunden mit unserem Status als Land von Wissenschaft und Technik.

Wir sollten auch die wirtschaftliche Wertschöpfung im Auge haben. Viele international anerkannte Unternehmen der Kerntechnik sind wichtige Arbeitgeber und Steuerzahler. Auch diese industrielle Wertschöpfungskette aus Herstellern, Zulieferern und Dienstleistern benötigt kerntechnische Kompetenz, gerade in der Sicherheitstechnik. Hier hat Deutschland einen sehr guten Ruf und deutsche Produkte und Dienstleistungen mit Bezug zur kerntechnischen Sicherheit werden stark nachgefragt. Mit einer Behinderung von Exporten wird kerntechnische Sicherheit weder für Deutschland noch bei unseren Nachbarn und in der Welt erhöht. Und lebendige Kompetenz kann sich nur in der Anwendung entfalten, z. B. in der Industrie und damit mittelfristig weitgehend im Export.

Das gilt auch für die Unternehmen des Brennstoffkreislaufs in Deutschland, die inzwischen häufig zur Zielscheibe politischer Auseinandersetzungen werden. Diese Anlagen sind explizit vom Ausstieg aus der Kernenergienutzung ausgenommen und wir lehnen Bestrebungen zur Ausweitung des Ausstiegs ab. Die Bundesregierung darf sich durchaus zur Urananreicherung und der Brennelementfertigung als Kompetenzträger in Deutschland bekennen. Wenn es darum geht, das Know-how dieser Unternehmen bei Betriebs- und Entsorgungssicherheit, beim Thema Nicht-Verbreitung und bei sicherheitspolitischen Gefahrenbewertungen zu nutzen, ist man nicht so distanziert. Auch auf diesem Feld möchte Deutschland über eigenes Wissen

verfügen und es gilt dasselbe wie für die Reaktorsicherheit. Wer den Ausstieg perfektionieren will, wird auch den Kompetenzverlust perfektionieren. Das kann und darf nicht unser Ziel sein.

## **Successful AMNT**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Pflege und Entwicklung von Kompetenz sowie die nationale und internationale Vernetzung sind am Ende die Schlüsselaufgabe des AMNT. Dabei bilden das Engagement und die Kompetenz derjenigen, die an der Programmgestaltung teilnehmen, Sitzungen verantworten und in ihren Fachbereichen Vorträge halten, das Rückgrat unserer Tagung. Ihnen allen möchte ich herzlich für ihren Beitrag danken, mit dem das AMNT auch 2017 wieder zur wichtigsten Plattform für den Wissens- und Erfahrungsaustausch unserer Branche in Deutschland geworden ist. Gleichfalls danken möchte ich allen Teilnehmern, die unser AMNT erst so vielfältig und bereichernd machen.

Heute Abend ab 19 Uhr findet unser traditioneller DAfF-Empfang statt, zu dem ich Sie gerne einladen möchte. Danach geht es nahtlos in den Gesellschaftsabend über, auf den wir uns alle schon freuen und zu dem Sie unsere Aussteller wie jedes Jahr herzlich einladen.

Ladies and Gentlemen

I wish everyone a successful meeting with lively discussions and valuable insights. And please don't forget to enjoy your participation here and your stay in the vibrant city of Berlin.